



Auszug aus dem Beschlussprotokoll

1. Ratssitzung vom 4. Mai 2022

1. 2022/147

Eröffnung der konstituierenden Sitzung durch das amtsälteste anwesende Ratsmitglied, vorläufige Bezeichnung von 3 Sekretärinnen und Sekretären und 4 Stimmzählerinnen und Stimmzählern sowie Ansprache des jüngsten neu gewählten Ratsmitglieds und des amtsältesten Ratsmitglieds

Auf Antrag von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) bezeichnet der Rat vorläufig als Ratssekretärinnen und -sekretäre Heidi Egger (SP), Simon Kälin-Werth (Grüne) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) sowie als Stimmzählende Marco Denoth (SP), Markus Knauss (Grüne), Albert Leiser (FDP) und Beat Oberholzer (GLP).

Yves Henz (Grüne) hält folgende Eröffnungsansprache:

Sehr geehrter Ratspräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, liebe Zürcherinnen, liebe Zürcher – liebe Menschen.

Viele sagen, dass Zürich nur eine Stadt sei, eine von vielen, dass es nicht wichtig sei, was wir tun.

Doch die Geschichte zeigt, dass niemand zu klein ist, um Grosses zu vollbringen.

Wenn ein einziges 15-jähriges Mädchen eine weltweite Bewegung auslösen kann, dann stellen Sie sich vor, wozu die Stadt Zürich, ja die Schweiz, in der Lage sein kann.

Mein Name ist Yves Henz. Ich stehe hier, weil ich der jüngste gewählte Gemeinderat der Stadt Zürich bin. Aber ich stehe heute nicht hier, um über mich zu sprechen. Ich stehe heute hier, um als Mensch über unsere gemeinsame Zukunft zu sprechen. Die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde.

Wir rasen auf eine Klippe zu. Vielen fehlt der Mut, eine Vollbremsung zu machen. Dies sei zu radikal. Trotz allen Warnungen der Wissenschaft schauen grosse Teile der Gesellschaft immer noch lieber zurück und merken nicht, dass es bald zu spät ist.

Ihr sagt, dass euch die Schweiz, die Wirtschaft und eure Kinder wichtig sind. Gleichzeitig tut Ihr zu wenig, um die Dinge, die euch wichtig sind, zu bewahren. Denn die Klimakrise und die Biodiversitätskrise verschlimmern sich mit jedem Tag der Untätigkeit. Sie sind existentielle Bedrohungen für unsere Nahrungsmittelversorgung. Das Earth Institute der Columbia University sagte schon vor einigen Jahren eindeutig, dass es noch in diesem Jahrhundert mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Jahrzehnte andauernden Megadürre kommen wird. Bei dieser Dürre werde vielleicht ich, vielleicht Sie, vielleicht ihre Kinder an Hunger leiden. Sicher aber werden Menschen an Hunger sterben. Eine Politik, die die Krisen der Menschheit ignoriert, tötet.

Viele haben immer noch das Gefühl, dass die Erde, etwas unvorstellbar Grosses, sich nicht allzu stark verändern wird, dass sie schon gut bewohnbar bleibt. Das ist den Kopf in den Sand gesteckt.

Schon 2018 zeigte der wissenschaftliche Bericht der Vereinten Nationen klar, dass die Menschheit den Ozeanen und der Atmosphäre bereits so stark zugesetzt hat, dass die Klimakrise ohne eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft eine existenzielle Bedrohung für die Zivilisation darstellt. Der australische Klimaforscher Will Steffen sagte vor dem Hintergrund der geologischen Geschichte gesehen: «gleicht der Einfluss



der Menschen auf das Klima eher einem Meteoriteneinschlag als einer allmählichen Entwicklung».

Doch was mich in die Politik bringt, ist nicht die Angst. Ich bin hier, weil ich Hoffnung in die Zukunft habe. Weil ich weiss, dass es anders sein kann. Dass wir es schaffen können, eine ökologische Ordnung des Respekts, der Freiheit und des Glücks zu schaffen. Es ist unsere einzige Chance.

Denn Veränderung wird kommen. Wir haben es in der Hand, ob es Fortschritt oder Zerstörung sein wird. Wenn wir wirklich wollen, können wir gemeinsam die Keime einer wunderschönen neuen Blütephase der Menschheitsgeschichte werden.

Am 14. August 2083 werde ich 80 Jahre alt werden. Ich werde die Kerzen auf dem Geburtstagskuchen ausblasen, meine Liebsten um mich versammelt. Ich werde von den 2030 und 2040 Jahren erzählen, von den Jahrzehnten, in denen sich alles verändert hat.

Wir hatten uns politisch organisiert, den Klimawandel, das Artensterben gestoppt und dabei eine gemeinschaftliche, solidarische Welt geschaffen. Eine Welt, in der wir Menschen uns nicht mehr Sorgen um die Zukunft unserer Kinder machen müssen. Unsere Liebsten werden sicher in der Gemeinschaft aufgehoben sein. Ein Job, eine Wohnung, Bildung und gesundheitliche Versorgung sind ihnen sicher.

Nach dem Kuchenessen, die Enkel konnten nicht warten, gehen wir auf einen Spaziergang. Und ich beobachte die Menschen. Sie schlendern durch ihr Zuhause, die Stadt Zürich und geniessen ihr Leben. Im Bewusstsein, das sie nur eines besitzen. Auf der Strasse, welche inzwischen mehr einem Park als einer Asphaltwüste gleicht, unterhalten sich lachende Menschen. Der früher so dominante Stress ist zu grossen Teilen verschwunden, denn die Arbeitszeit wurde reduziert. Die Menschen haben Zeit für ihre Liebsten, für die Pflege ihrer Eltern, Grosseltern, Kinder und Bekannten. Sie haben mehr Zeit für Sport, Bildung und Kultur. Sie haben mehr Zeit für das Leben, Liebe und Freundschaft. Die Menschen haben genug Zeit, um ihre Betriebe, ihre Nachbarschaft, die Stadt in erweiterten demokratischen Institutionen zu gestalten. Die Menschen haben eine nie dagewesene Freiheit. Wir sind befreit von den Ängsten des sozialen Abstiegs, wir sind befreit von der Konkurrenz untereinander, wir sind befreit vom Patriarchat. Wir nehmen diese Freiheiten in Respekt vor unseren Mitmenschen war.

Es gibt nur noch wenig Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft, überhaupt ist Hass selten geworden. Denn wir Menschen stehen nicht mehr in Konkurrenz zueinander, wir arbeiten zusammen für das Wohlergehen aller. Wir arbeiten im Rahmen unserer Möglichkeiten, in Bereichen, die uns glücklich machen.

Die Digitalisierung hat Vieles möglich gemacht. Die industrielle Produktion wird fast vollständig von Maschinen durchgeführt, die Produktionsprozesse sind digital optimiert und effizient. Die Maschinen produzieren CO₂-neutral hochwertige Produkte aus recycelten Materialien. Die Maschinen produzieren im Dienste der Allgemeinheit. Die Digitalisierung hat, dank kluger Gesetzgebung, nicht zu mehr Arbeitslosigkeit geführt, nein, sie hat allen ermöglicht, weniger zu arbeiten. Die Smartphone-Sucht hat stark abgenommen, denn die Grossen Internetplattformen sind vergemeinschaftet worden. Sie dienen nun nicht mehr der Profitmaximierung, sondern der Stärkung der Demokratie. Die Algorithmen sind öffentlich und versuchen nicht mehr, die Nutzer möglichst lange am Gerät zu halten. Überhaupt geht es den meisten Menschen körperlich und psychisch gut. Die Gesundheitsversorgung ist inzwischen kostenlos geworden. Psychische Erkrankungen sind breit als Krankheiten akzeptiert, psychologische Unterstützung selbstverständlich kostenlos. Gesunde biologische Nahrung inzwischen für alle erschwinglich. Auch die tiefen Schadstoffwerte in der Luft wirken sich positiv auf unsere Gesundheit aus.

Die Menschen in der Stadt fahren mit dem Tram, dem Zug, dem Velo und selten sieht man ein E-Auto oder einen E-Lastwagen mit Handwerkerinnen und Lieferanten oder geheingeschränkten Personen leise vorbeigleiten.

Die ehemaligen Tankstellen wurden zu Flickstädten und Ersatzteilläden, zu Ateliers, Werkstätten oder Gemeinschaftszentren. Die ehemaligen Parkhäuser wurden zu gemeinnützigen Wohnhäusern, Solarzellfabriken oder Co-Workingspaces umgebaut. Solaranlagen befinden sich inzwischen auf jedem Dach. Wo keine Solaranlagen sind, befinden sich Dachterrassen oder Pflanzen. Die Häuser werden inzwischen von Wärmepumpen oder durch Fernwärme geheizt. Die Mieten sind tief, denn die Wohnungen gehören der Stadt, einer Genossenschaft oder den Menschen, die sie bewohnen.

Nach dem Spaziergang kommen wir wieder nach Hause. Mein Enkel fragt mich beim ins Bett bringen, wie wir seinerzeit den Systemwandel bewerkstelligt haben. Ich antworte: Der erste Schritt zu Veränderungen ist



3 / 4

die Vorstellung, dass diese möglich sind. Das Beste, was man im Anbetracht von Krisen tun kann, ist ihnen einen Entwurf einer gemeinschaftlichen Zukunft entgegen zu setzen. Denn grundlegende Veränderungen können schnell eintreten. In 30, 10 ja 4 Jahren kann sich Grundlegendes verändern. Der Enkel hat den letzten Satz schon nicht mehr gehört, denn er ist zufrieden eingeschlafen.

Sehr geehrter Ratspräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, liebe Zürcherinnen, liebe Zürcher - liebe Menschen.

Ja, Politische Veränderung, Politische Beteiligung, ein Systemwandel braucht Mut. Aber wir haben ein glückliches Leben zu gewinnen und eine Welt zu verlieren.

Haben wir den Mut, die existentiellen Krisen unserer Zeit anzuerkennen. Haben wir den Mut die Parteipolitik zu beenden und zusammen zu gestalten. Haben wir den Mut mit dem Aufbau einer neuen ökologischen, solidarischen Gesellschaft zu beginnen. Haben wir den Mut, unsere politischen und wirtschaftlichen Systeme so umzugestalten, dass sie endlich den Menschen dienen.

Denn es geht nicht um Profit, nicht um Unternehmensgewinne, nicht darum, andere im Konkurrenzkampf auszustechen. Es geht um das Leben, das Leiden und das Glück von uns Menschen. Wenn wir das begreifen, steht uns nichts mehr im Weg.

Denn die Macht gehört den Menschen.

Danke

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) hält folgende Eröffnungsansprache:

In diesem Vierteljahrhundert, seit ich diesem Rat angehöre, hat sich vieles verändert. Parteien wie der «Landesring der Unabhängigen» oder die «Nationale Aktion» sind von der Bildfläche verschwunden, dafür haben sich neue Parteien wie die Grünliberalen etabliert, die «AL» gibt es in Zürich seit 1990 und sie ging aus den Progressiven Organisationen, der «POCH» hervor. Lange Zeit waren auch die CVP und die EVP im Rat vertreten, bevor sie der Reihe nach an der 5 Prozent Klausel scheiterten, in der vorletzten Legislatur passierte dies der EVP äusserst knapp wegen einer oder zwei fehlenden Listen, dann in der vergangenen Legislatur der CVP. Nun ist sie unter dem Namen «Die Mitte» wieder im Gemeinderat vertreten und bildet zusammen mit der EVP, so wie ich das einschätze, eine wertbasierte Fraktion.

Verändert hat sich auch die Gesprächskultur: War das in den neunziger Jahren mit den Nachwehen des Werturteilsstreites und der 68er-Bewegung noch eher ein klassenkämpferischer und intellektueller Stil, so wurde dieser zunehmend durch ökologische Forderungen bis hin zum Klimaaktivismus abgelöst. Damit verbunden war auch ein Paradigmawechsel in der Debatte. Die Distanz des einstigen, mehr philosophischen Stils machte es eher möglich, sich sportlich die Klängen zu kreuzen. Die Bewegung um den Klimastreik führte dann dazu, dass sich dieser immer stärker direkt in die individuelle Lebensgestaltung einmischte. Das zeigte sich, gemäss meiner Wahrnehmung, auch in den Debatten im Gemeinderat und in der Gesprächskultur der Mitglieder des Parlamentes untereinander.

Am Ende der vergangenen Legislatur konstatierte ich allerdings wieder eine neue Art von Gesprächen; das dürfte mit einer Bedrohung unserer Freiheit, unserer Demokratie und unserer Souveränität durch eine imperiale Macht zu tun haben, eine Bedrohung, wie wir sie seit dem «Zweiten Weltkrieg» nicht mehr erlebt haben. Da steht man über die politischen Gräben hinweg wieder vermehrt zusammen. Denn es geht nicht nur um einen militärischen Angriff auf ein souveränes Land, sondern darüber hinaus um einen Angriff auf die Demokratie; durch die erpresserische Drohung mit einem nuklearen Winter ist es gar einer auf die Menschheit.

Wenn dem Westen überhaupt eine Mitbeteiligung an dem Angriffskrieg zugeordnet werden könnte, dann wären dazu Putin-Verstehende und -Verehrende mitbeteiligt, wenn sie allenfalls den Kreml in seinem Kalkül bestärkten, gemäss dem die westlichen Demokratien uneinig seien und ein Angriff auf die Ukraine ungeahndet und bald nur eine Episode bleiben würde.

Um helvetisch neutral zu bleiben, kann man dazu Beispiele ausserhalb der Schweiz zitieren: In Deutschland waren das die «Linkspartei» auf der einen und auf der anderen Seite die «Alternative für Deutschland». In



4 / 4

Frankreich entsprechen dem Bild der Altkommunist Jean Luc Mélenchon mit seiner Partei «France Insoumise» sowie Marine le Pen mit dem «Rassemblement National» und der noch radikalere Eric Zemmour.

Aber es gibt auch Putinfreunde mit materiellen Motiven: Dazu gehört ein Altkanzler Gerhard Schröder, aber auch ein ehemaliger Premier in Frankreich, François Fillon. Was haben denn diese Beispiele mit der Schweiz zu tun? Analogieschlüsse, sollte es sie geben, können selbständig gezogen werden.

Wie steht es dabei aber mit der Schweiz und der bewaffneten Neutralität? Während das «Rote Kreuz», um seiner Aufgabe der Gefangenenbetreuung gerecht zu werden, sogar mit Kriegsverbrechern kooperieren muss, kann eine solche fundamentalistische Ausprägung der Neutralität nicht als Regel genommen werden. Denn es gilt, Werte zu erhalten: Wenn Liberale die Intoleranz tolerieren, dann geben sie mit einer solchen distanzierteren Neutralität ihre eigene Position preis, weil diese von der Intoleranz überrollt werden kann.

Genau so verhält es sich, wenn eine Diktatur eine Demokratie angreift oder ein totalitäres System einen souveränen Staat: Dann würde eine distanzierte, radikale Neutralität dazu führen, dass Freiheit, Demokratie und Souveränität zerstört werden können. Gerade wer dieser Werte hochhält, wird es nicht verantworten wollen, mit einer wertneutralen oder wertfreien fundamentalistischen Neutralität einer Diktatur und einem totalitären System den Boden zu bereiten.

So ist die Schweiz militärisch neutral, weil sie keinem Bündnis angehört und auch keine Waffen an eine Kriegspartei liefert. Sie steht fester auf dem Boden der Neutralität als neutralen Staaten wie Schweden und Finnland. Das kann aber nicht heissen, durch ein ethisch orientierungsloses Abseitsstehen bei Sanktionen aus dem Verbund einer Wertegemeinschaft auszuscheren und damit totalitäre Systeme zu stärken; damit würde man Grundwerte wie Freiheit und Souveränität, die man auf die eigenen Fahnen schreibt, schlicht preisgeben. Das heisst aber nicht, einseitig vorzupreschen; ein sogenanntes «Himmelfahrtskommando» könnte auch zur Höllenfahrt werden.

Um zum Schluss wieder auf das Zürcher Parkett zurückzukehren: Wer die Strukturen totalitärer Systeme kennt, muss eigentlich mit der Gewalt rechnen, wie sie sich offenbart hat. Das gilt auch für China, das sich an der Ukraine ein Beispiel nehmen könnte. So haben, um ein Zeichen zu setzen, Walter Anken und ich ein Postulat eingereicht, mit dem die Städtepartnerschaft zwischen Kunming und Zürich so lange hätte sistiert werden sollen, bis in Peking ein demokratisches Regime an der Macht ist. Ausser der EVP haben alle anderen Parteien in diesem Rat den Vorstoss der SVP mit unterschiedlichen Begründungen abgelehnt. Ob sie das heute immer noch tun würden?

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat